



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 30.04.2021

Antrag:

Klimaschutzgesetz ist verfassungswidrig – jetzt müssen Kommunen ran!

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich in den entsprechenden Gremien und gegenüber der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag dafür einzusetzen, dass Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in Bayern schnellstmöglich als kommunale Pflichtaufgaben festgeschrieben werden.

Begründung:

Ein wegweisendes Urteil hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe gestern verkündet: Das deutsche Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) von 2019 ist in Teilen verfassungswidrig.¹ Die jetzigen Vorschriften verschieben tiefgreifende Emissionsminderungslasten nämlich munter auf Zeiträume nach 2030 und machen keine Angaben zum Vorgehen danach.

Ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius ist aber nur mit schnellem Handeln und kurzfristigen Maßnahmen erreichbar.² Durch das Zaudern der heutigen Regierenden werden die Gefahren des Klimawandels zulasten der jüngeren Generation verschoben – und das ist nicht nur unfair sondern unrechtmäßig. Auch das Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) von 2020 muss daher bis spätestens 31.12.2022 nachgebessert werden.

Rückenwind für den Klimaschutz: Das gestrige Urteil des Bundesverfassungsgerichts bietet nach Meinung der Fraktion ÖDP/FW auch völlig neue Chancen für Kommunen. Um konkrete, wirkungsvolle Maßnahmen – wie nun explizit auch vom Bundesverfassungsgericht eingefordert – umzusetzen, sollte der Klimaschutz möglichst schnell als kommunale Pflichtaufgabe festgeschrieben werden. Dadurch könnten etwa ein schnellerer Kohleausstieg der Ausbau von erneuerbaren Energien, der Erhalt von ökologisch wertvollen Grünflächen und Frischluftschneisen und die Fortschreibung von weiteren lokalen Klimaschutzkonzepten forciert werden.

Das gestrige Urteil zeigt schließlich, dass alle Bürger*innen ein Recht auf Klimaschutz haben. Die Zeit der leeren Versprechungen ist endgültig vorbei.

Initiative:

Nicola Holtmann
umweltpolitische Sprecherin

Tobias Ruff
Fraktionsvorsitzender

Dirk Höpner
Stadtrat

Hans-Peter Mehling
stv. Fraktionsvorsitzender

Rudolf Schabl
Stadtrat

Sonja Haider
Stadträtin

¹ <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>

² vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundesverfassungsgericht-klimaschutzgesetz-1.5279599>

